S 21 AS 2246/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	14
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 21 AS 2246/15
Datum	29.05.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 9 AS 1259/17
Datum	08.11.2018

3. Instanz

Datum	20.02.2020
-------	------------

Auf die Revision des Klägers wird das Urteil des Thüringer Landessozialgerichts vom 8. November 2018 geändert und der Beklagte verurteilt, an den Kläger weitere 197,46 Euro zu zahlen. Die Kosten des Rechtsstreits für alle Instanzen trägt der Beklagte. Der Streitwert für das Revisionsverfahren wird auf 197,46 Euro festgesetzt.

Gründe:

I

1

Die Beteiligten streiten um einen abgetretenen Kostenerstattungsanspruch aus [§ 63 SGB X](#) nach Aufrechnung des beklagten Jobcenters.

2

Der klagende Rechtsanwalt hatte zwei Widerspruchsführerinnen – eine Mutter und deren minderjährige Tochter – in einer Angelegenheit nach dem SGB II

vertreten. Der Beklagte hatte den Widerspruch zurückgewiesen und entschieden, er werde die notwendigen außergerichtlichen Kosten der Widerspruchsführerinnen zur Hälfte erstatten (Widerspruchsbescheid vom 3.3.2014). Die Mutter hatte ua Kostenerstattungsansprüche nach [Â§ 63 SGB X](#) an den Kläger abgetreten. Das hatte der Beklagte seit der Einlegung des Widerspruchs gewusst. Der Kläger forderte von dem Beklagten die Zahlung von 243,95 Euro für die Vertretung im Widerspruchsverfahren. Der Beklagte erklärte gegenüber der Mutter, er halte die geltend gemachten Kosten für erstattungsfähig. Er rechne mit eigenen Forderungen gegen die Widerspruchsführerinnen auf und zahle nichts (Schreiben vom 11.3.2014).

3

Das SG hat die Klage abgewiesen (Urteil vom 29.5.2017). Das LSG hat den Beklagten auf die zugelassene Berufung zur Zahlung von 46,49 Euro verurteilt, die weitergehende Berufung zurückgewiesen und die Revision zugelassen (Urteil vom 8.11.2018). Zwar sei der Anspruch aus [Â§ 63 SGB X](#) auf Freistellung gerichtet. Mit der wirksamen Abtretung ständen sich aber zwei gleichartige Forderungen gegenüber. Der Kostenerstattungsanspruch sei auf beide Widerspruchsführerinnen hälftig aufzuteilen. Gegen die Tochter habe der Beklagte nur einen Erstattungsanspruch in Höhe von 75,49 Euro und müsse daher den Restbetrag zahlen.

4

Der Kläger rügt die Verletzung von [Â§ 387 BGB](#), weil die Forderungen nicht gleichartig seien. Die Widerspruchsführerinnen hätten einen Freistellungsanspruch gehabt. Zudem sei ungeklärt, ob die Aufrechnung durch Willenserklärung oder durch Verwaltungsakt habe erfolgen müssen, und der Beklagte habe kein Ermessen ausgeübt.

5

Der Kläger beantragt, das Urteil des Thüringer Landessozialgerichts vom 8. November 2018 zu ändern und den Beklagten zu verurteilen, ihm weitere 197,46 Euro zu zahlen.

6

Der Beklagte beantragt, die Revision zurückzuweisen.

II

7

Die zulässige Revision ist begründet ([Â§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Der Kläger hat Anspruch auf vollen Ausgleich seiner Kostennote, weshalb das Urteil des LSG abzuändern und ihm ein weiterer Betrag von 197,46 Euro zuzusprechen ist.

8

1. Gegenstand des Revisionsverfahrens ist neben den vorinstanzlichen Entscheidungen die Pflicht des Beklagten zur Zahlung weiterer 197,46 Euro aus der Kostennote des KlÄxgers. Der Beklagte hat seine Verurteilung nicht angegriffen. Die Entscheidung des LSG ist insoweit rechtskrÄxftig.

9

Dass die Geltendmachung der Kostenerstattung dem Grunde nach berechtigt war, ist nach der bestandskrÄxftigen Entscheidung Ä¼ber die Kostenlast ([Ä§ 63 Abs 1 Satz 1 SGB X](#)) nicht mehr zu prÄ¼fen. Auch die Notwendigkeit der Hinzuziehung eines BevollmÄxchtigten ([Ä§ 63 Abs 2, Abs 3 Satz 2 SGB X](#)) ist festgestellt. Diese Regelung hat der Beklagte inzident mit der Anerkennung der HÄ¼he des grundsÄ¼tzlich erstattungsfÄ¼higen Betrags getroffen (vgl BSG vom 25.2.2010 â¼ B [11 AL 24/08 R](#) â¼ BSGE 106, 21 = SozR 4-1300 Ä§ 63 Nr 12, RdNr 12; BSG vom 5.5.2009 â¼ B [13 R 137/08 R](#) â¼ RdNr 12). Die geltend gemachten Kosten hat der Beklagte auch der HÄ¼he nach durch sein Schreiben vom 11.3.2014 mittels bestandskrÄxftigem Kostenfestsetzungsverwaltungsakt vollumfÄ¼nglich anerkannt ([Ä§ 63 Abs 3 Satz 1 Halbsatz 1 SGB X](#)).

10

2. Verfahrensrechtliche Hindernisse stehen einer Sachentscheidung des Senats nicht entgegen. Streitigkeiten wegen der Kosten eines isolierten Vorverfahrens ([Ä§ 78 ff SGG](#)) sind keine Kosten des Verfahrens iS von [Ä§ 144 Abs 4 SGG](#) (stRspr; vgl BSG vom 12.12.2019 â¼ B [14 AS 48/18 R](#) â¼ zur VerÄ¼ffentlichung in SozR vorgesehen). Wegen der HÄ¼he der Kostennote war die Berufung statthaft, nachdem sie das SG in seinem Urteil zugelassen hat (vgl [Ä§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG](#)).

11

Zutreffende Klageart ist die echte Leistungsklage ([Ä§ 54 Abs 5 SGG](#)). Mit dieser Klageart kann die Verurteilung zu einer Leistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht, auch dann begehrt werden, wenn ein Verwaltungsakt nicht zu ergehen hat. Leistung in diesem Sinne ist jedes Tun, Dulden oder Unterlassen (vgl Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl 2017, Ä§ 54 RdNr 37; zur Zahlung aus einem nicht aufgehobenen Bewilligungsbescheid BSG vom 27.3.1980 â¼ [10 RV 23/79](#) â¼ BSGE 50, 82 = SozR 1500 Ä§ 54 Nr 40), also auch die Zahlung aus der bewilligten Kostenerstattung, die von dem KlÄxger aus Ä¼bertragenem Recht der WiderspruchsfÄ¼hrerinnen geltend gemacht wird.

12

Dem Klageziel steht kein weiterer Verwaltungsakt entgegen, mit dem Rechte der WiderspruchsfÄ¼hrerinnen aus dem Kostenfestsetzungsverwaltungsakt oder solche des KlÄxgers aus Ä¼bertragenem Recht wieder beseitigt worden sind (vgl [Ä§ 39](#)

[Abs 2 SGB X](#)) und der deswegen hätte angefochten werden müssen. Eine hierfür erforderliche Regelung ([Â§ 31 SGB X](#)) hat der Beklagte erkennbar nicht treffen wollen und stattdessen die Aufrechnung erklärt (vgl BSG vom 24.7.2003 â [B 4 RA 60/02 R](#) â [SozR 4-1200 Â§ 52 Nr 1](#) RdNr 17; zur Verrechnung BSG vom 31.8.2011 â [GS 2/10](#) â [BSGE 109, 81](#) = SozR 4-1200 Â§ 52 Nr 4, RdNr 15; vgl zur Aufrechnungserklärung gegenüber dem Zessionar BGH vom 26.6.2002 â [VIII ZR 327/00](#) â [NJW 2002, 2865](#); Rosch in Herberger/Martinek/Ramann/Weth/Wardinger, jurisPK-BGB, Â§ 406 RdNr 8, Stand 1.12.2016). Wegen der Aufrechnung hat er nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG weder Aktivitäten entfaltet, die Verwaltungsverfahren mit dem Ziel des Abschlusses durch Verwaltungsakt hätten sein können (vgl [Â§ 8 SGB X](#)), noch seine Entscheidung als Verwaltungsakt bezeichnet oder anderweitig den Eindruck erweckt, er habe durch Verwaltungsakt über die Aufrechnung entschieden (vgl zur Entscheidung in der Form des Verwaltungsakts, ohne dass die Merkmale des [Â§ 31 SGB X](#) gegeben sind Littmann in Hauck/Noftz, K [Â§ 31 SGB X](#), RdNr 35, Stand Dezember 2011; BSG vom 3.4.2003 â [B 13 RJ 39/02 R](#) â [BSGE 91, 68](#) = [SozR 4-1300 Â§ 31 Nr 1](#) RdNr 12). Die durch den Beklagten abgegebene Erklärung, er werde nicht zahlen, ist kein (feststellender) Verwaltungsakt und auch keine gesonderte Ablehnung der Auszahlung.

13

3. In der Sache stützt der Kläger seinen Zahlungsanspruch zutreffend auf den Kostenfestsetzungsverwaltungsakt des Beklagten vom 11.3.2014 iVm der Abtretung der Ansprüche der Widerspruchsführerinnen gemäß [Â§ 398 BGB](#). Der Anspruch aus abgetretenem Recht (dazu a.) ist nicht durch Aufrechnung des Beklagten erloschen (dazu b.).

14

a. Wegen der Abtretung der Kostenerstattungsansprüche aus [Â§ 63 SGB X](#) durch die Widerspruchsführerinnen ist der Kläger Inhaber des geltend gemachten Zahlungsanspruchs.

15

Die Voraussetzungen der Abtretung richten sich nicht nach [Â§ 53 Abs 2 SGB I](#). Dessen sachlicher Anwendungsbereich ist nicht eröffnet. Der Kostenerstattungsanspruch aus [Â§ 63 SGB X](#) ist kein Anspruch auf Sozialleistungen, der [Â§ 53 SGB I](#) unterfällt (vgl zum Geldleistungsbegriff in [Â§ 44 SGB I](#) BSG vom 27.6.2017 â [B 2 U 13/15 R](#) â [BSGE 123, 238](#) = SozR 4-7610 Â§ 677 Nr 1, RdNr 13). Gründe für andere im Sozialrecht wurzelnde Beschränkungen der Möglichkeit, die Abtretung des Kostenerstattungsanspruchs aus [Â§ 63 SGB X](#) überhaupt erklären zu können, sind nicht erkennbar. Seine Abtretung ist daher in entsprechender Anwendung der [Â§§ 398 ff BGB](#) möglich.

16

Gemäß [Â§ 398 BGB](#) kann eine Forderung von dem Gläubiger durch Vertrag mit einem anderen auf diesen übertragen werden. Mit dem Abschluss des Vertrags tritt der neue Gläubiger an die Stelle des alten Gläubigers.

17

Nach dem Gesamtzusammenhang der bindenden Feststellungen ([Â§ 163 SGG](#)) des LSG hat die Mutter für sich und ihre Tochter ein Abtretungsangebot abgegeben, das der Kläger wirksam angenommen hat. Der Schriftform der Annahmeerklärung bedurfte es nicht (vgl. für die Übertragung nach [Â§ 53 SGB I BSG](#) vom 15.6.2010 – [B 2 U 26/09 R](#) – SozR 4-1200 Â§ 53 Nr 3 RdNr 23 ff). Die Abtretung war nicht ausgeschlossen, weil sie im Verhältnis zwischen den freistellungsberechtigten Widerspruchsführerinnen und ihrem Bevollmächtigten für das Widerspruchsverfahren erfolgt ist (vgl. Rosch in Herberger/Martinek/Rammann/Weth/Wardinger, jurisPK-BGB, [Â§ 399 BGB](#) RdNr 11 mwN, Stand 1.2.2020).

18

b. Der Anspruch des Klägers ist nicht durch die Aufrechnungserklärungen des Beklagten vom 11.3.2014 erloschen. Das gegenüber den Kostenerstattungsansprüchen der Widerspruchsführerinnen bestehende Aufrechnungsverbot (dazu aa.) wirkt auch für den Kläger (dazu bb.).

19

aa. Zwar hat der Beklagte, weil er die Kostenerstattungsansprüche nicht durch Zahlung erfüllen wollte, Aufrechnungen durch öffentlich-rechtliche Willenserklärungen erklärt. Hierzu war er grundsätzlich berechtigt (vgl. zur Aufrechnung als Rechtsinstitut des öffentlichen Rechts BSG vom 9.6.1988 – [4 RA 9/88](#) – [BSGE 63, 224](#), 230 = SozR 1300 Â§ 48 Nr 47 S 135 mwN; BSG vom 15.12.1994 – [12 RK 69/93](#) – [BSGE 75, 283](#), 284 ff = [SozR 3-2400 Â§ 28 Nr 2](#) S 9 ff; BSG vom 22.7.2004 – [B 3 KR 21/03 R](#) – [BSGE 93, 137](#) = [SozR 4-2500 Â§ 137c Nr 2](#); zur Verrechnung BSG vom 31.8.2011 – [GS 2/10](#) – [BSGE 109, 81](#) = SozR 4-1200 Â§ 52 Nr 4; allgemein zum Meinungsstand BSG vom 16.12.2009 – [B 7 AL 43/07 R](#) – RdNr 15; vgl. auch BVerwG vom 27.10.1982 – [3 C 6/82](#) – [BVerwGE 66, 218](#), 221; BFH vom 2.4.1987 – [VII R 148/83](#) – [BFHE 149, 482](#), 487). Ob der Kläger die Aufrechnungen gegen sich gelten lassen muss, weil dem Beklagten die Abtretung der Kostenerstattungsansprüche bekannt war (vgl. [Â§ 407 Abs 1](#) letzter Halbsatz BGB), kann dahingestellt bleiben. Das gilt auch für die Frage, welche Anforderungen im Einzelnen bei einer sozialrechtlichen Überformung der entsprechend anzuwendenden Vorschriften des BGB an eine wirksame Aufrechnung zu stellen wären und inwieweit einzelne spezialgesetzliche Vorschriften des SGB II als abschließend verstanden werden müssen. Jedenfalls bestand ein Aufrechnungsverbot.

20

Die Aufrechnung von Kostenerstattungsansprüchen aus [Â§ 63 SGB X](#) mit Erstattungsforderungen eines Jobcenters aufgrund der Überzahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II verstößt gegen ein normatives Aufrechnungsverbot.

21

Auch eine Aufrechnung, die ein Gläubiger nach den Vorgaben der [Â§ 387 ff, 407 BGB](#) gegen sich gelten lassen müsste, ist ausgeschlossen, wenn sie gegen ein gesetzliches oder vertragliches Verbot verstößt. Gesetzliche Aufrechnungsverbote können ausdrücklich angeordnet sein oder sich aus dem Sinn und Zweck einer Vorschrift ergeben (Römann in Herberger/Martinek/Römann/Weth/Wardinger, jurisPK-BGB, Â§ 387 RdNr 71, Stand 17.8.2017; Ähnlich Wagner in Erman, BGB, 15. Aufl 2017, Â§ 387, RdNr 2, nach dem neben ausdrücklichen gesetzlichen Aufrechnungsverböten auch die Natur der Rechtsbeziehungen oder der Zweck der geschuldeten Leistung die Aufrechnung ausschließen können). Aufrechnungsverböte sind ua auf den Vorrang der Effektivverfüllung zurückzuführen. Bei diesem Vorrang geht es darum, den an der Aufrechnung beteiligten Gläubigern der Hauptforderung den Leistungsgegenstand zur tatsächlichen Verfüllung zu erhalten, sei es auch nur im Interesse Dritter (Gernhuber, Die Erfüllung und ihre Surrogate sowie das Erlöschen der Schuldverhältnisse aus anderen Gründen, 2. Aufl 1994, S 258).

22

Das Aufrechnungsverbot gegenüber den Widerspruchsführerinnen ergibt sich aus Sinn und Zweck des [Â§ 63 SGB X](#). Auf dessen Regelungen beruht der Kostenfestsetzungsverwaltungsakt des Beklagten, mit dem er die Gebührennote des Klägers als erstattungsfähig anerkannt hat.

23

[Â§ 63 SGB X](#) berechtigt Widerspruchsführer, die Erstattung der Aufwendungen zu verlangen, die ihnen durch ihr erfolgreiches oder nur wegen der Heilung von Verfahrens- oder Formfehlern erfolgloses Vorgehen gegen einen Verwaltungsakt entstanden sind. Ob und in welchem Umfang Aufwendungen dem Grunde nach zu erstatten sind, richtet sich (ausgenommen [Â§ 63 Abs 1 Satz 2 SGB X](#)) ausschließlich nach dem Erfolg des Widerspruchs (vgl BSG vom 12.6.2013 â€ B 14 AS 68/12 R â€ SozR 4-1300 Â§ 63 Nr 20 RdNr 20 ff). Der Erstattungsanspruch kompensiert zugleich den Umstand, dass die Verwaltung die an sie auf [Art 20 Abs 3 GG](#) gestützte Erwartung, sie werde nach Gesetz und Recht handeln, nicht erfüllt.

24

Die Vorschrift übernimmt weitgehend die Kostenregelung zum verwaltungsgerichtlichen Vorverfahren in [Â§ 80 VwVfG](#), die bewusst eingeführt worden war, um die zuvor umstrittene und vom Großen Senat des BVerwG

abgelehnte Kostenerstattungspflicht bei einem Erfolg des Widerspruchs im isolierten Vorverfahren aufgrund f^{1/4}r das gerichtliche Verfahren geltender Kostenerstattungsvorschriften zu erm^{1/4}glichen (vgl Gesetzentwurf der Bundesregierung zum VwVfG, [BT-Drucks 7/910 S 91](#) mwN; BVerwG vom 1.11.1965 â^{1/4} [GrSen 2.65](#) â^{1/4} [BVerwGE 22, 281](#)).

25

Erg^{1/4}nzend regelt [Â§ 63 Abs 2 SGB X](#), unter welcher Voraussetzung Anspruch auf Erstattung von Aufwendungen f^{1/4}r die Vertretung durch Bevollm^{1/4}chtigte besteht. Dazu muss die Hinzuziehung eines Bevollm^{1/4}chtigten notwendig gewesen sein. Wegen der heutigen Komplexit^{1/4}t des Sozialrechts ist die Rechtslage f^{1/4}r den B^{1/4}rger regelm^{1/4}ig schwer zu erfassen, schon aus diesem Grund ist die Zuziehung rechtskundiger Bevollm^{1/4}chtiger (zB Gewerkschaft, Rentenberater, Rechtsanwalt, vgl [Â§ 73 Abs 2 Satz 2 SGG](#)) in der Regel notwendig. Zugleich rechtfertigen die Gesichtspunkte eines fairen Verfahrens und einer gewissen Waffengleichheit die Hinzuziehung eines sachkundigen Bevollm^{1/4}chtigten (vgl Becker in Hauck/Noftz, SGB X, K [Â§ 63 RdNr 50](#), Stand Februar 2015; zur Inanspruchnahme von Rechtsrat und anwaltlicher Vertretung als geeignete Ma^{1/4}nahme zur Steigerung der Effektivit^{1/4}t des Vorverfahrens BVerfG vom 11.5.2009 â^{1/4} [1 BvR 1517/08](#) â^{1/4} [NZS 2010, 88](#), 91). Dessen Einschaltung ist bei einem Widerspruchserfolg nach den Regeln der Kostenerstattung f^{1/4}r das Vorverfahren im Ergebnis "kostenlos" (BVerfG vom 11.5.2009 â^{1/4} [1 BvR 1517/08](#) â^{1/4} [NZS 2010, 88](#), 89).

26

Die Kostenerstattung nach [Â§ 63 SGB X](#) hat bei unbemittelten Widerspruchsf^{1/4}hrern mehrere Funktionen. Sie sichert die Widerspruchsf^{1/4}hrer vor der Kostenlast bei einem erfolgreichen isolierten Vorverfahren ab, sie gibt im Wege des Freistellungsanspruchs Bevollm^{1/4}chtigten die Sicherheit, ihre Geb^{1/4}hren und Auslagen auch bei Vertretung von unbemittelten Widerspruchsf^{1/4}hrern zu erhalten und sie steht daf^{1/4}r, dass auch unbemittelte Widerspruchsf^{1/4}hrer Anw^{1/4}lte finden, die zu ihrer Vertretung bereit sind, weil sie im Erfolgsfall dieselbe Verg^{1/4}tung erwarten k^{1/4}nnen, wie bei bemittelten Mandanten.

27

Diese Funktionen werden vereitelt, wenn bevollm^{1/4}chtigte Anw^{1/4}lte, sei es, dass â^{1/4} wie hier â^{1/4} der Kostenerstattungsanspruch aus [Â§ 63 SGB X](#) an sie abgetreten wurde, der Anspruch gem^{1/4} [Â§ 9 Satz 2 BerHG](#) auf sie ^{1/4}bergegangen ist (vgl BSG vom 20.2.2020 â^{1/4} [B 14 AS 3/19 R](#)) oder Widerspruchsf^{1/4}hrer selbst Inhaber des Anspruchs aus [Â§ 63 SGB X](#) bleiben (vgl BSG vom 20.2.2020 â^{1/4} [B 14 AS 17/19 R](#) -), damit rechnen m^{1/4}ssen, dass der Rechtstr^{1/4}ger, der die Kosten des Vorverfahrens zu erstatten hat, seinerseits mit Forderungen gegen^{1/4}ber Widerspruchsf^{1/4}hrern wirksam aufrechnen kann.

Das erfolgreiche Bemühen der Widerspruchsführer um die Korrektur rechtswidriger Verwaltungsakte ginge bei der Zulässigkeit der Aufrechnung von Kostenerstattungsansprüchen aus einem Vorverfahren letztlich allein zu ihren Lasten. Dieses Ergebnis weicht ohne erkennbare Rechtfertigung vom prozessualen Kostenrecht ab, dem das "Obsiegens- und Unterliegensprinzip" zugrunde liegt (vgl. [Â§ 197a Abs 1](#) letzter Halbsatz SGG iVm [Â§ 154 Abs 1 VwGO](#); [Â§ 135 Abs 1 FGO](#); [Â§ 91 Abs 1 Satz 1 ZPO](#); BSG vom 12.6.2013 â€‹ [B 14 AS 68/12 R](#) â€‹ SozR 4-1300 Â§ 63 Nr 20 RdNr 19) oder bei dem es maßgeblich zu beachten ist (vgl. Gutzler in Roos/Wahrendorf, SGG, 2014, Â§ 193 RdNr 28 ff). Endet das Vorverfahren zum Nachteil der Widerspruchsführer und haben sie später im Klageverfahren Erfolg, erfasst der gerichtliche Ausspruch zur Kostenerstattung auch das Vorverfahren (vgl. BSG vom 20.10.2010 â€‹ [B 13 R 15/10 R](#) â€‹ SozR 4-1500 Â§ 193 Nr 6 RdNr 20; BSG vom 19.10.2016 â€‹ [B 14 AS 50/15 R](#) â€‹ SozR 4-1300 Â§ 63 Nr 25 RdNr 20 ff). Bei hinreichender Aussicht auf Erfolg und der wegen der regelmäßigen Prozesskostenhilfebedürftigkeit von Empfängern von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II vorzunehmenden Prozesskostenhilfebewilligung sichert das Aufrechnungsverbot aus [Â§ 73a Abs 1 Satz 1 SGG](#) iVm [Â§ 126 Abs 2 Satz 1 ZPO](#) das Beitreibungsrecht des Rechtsanwalts und damit auch dessen Bezahlung für die Vertretung im gerichtlichen Verfahren. Die Kosten des Vorverfahrens erfasst [Â§ 126 Abs 2 Satz 1 ZPO](#) aber nicht.

Dass für das gerichtliche Verfahren Mechanismen vorgesehen sind, die aus Gründen der Rechtsschutzgleichheit aus [Art 3 Abs 1](#) iVm [Art 20 Abs 1 und 3 GG](#) (vgl. BVerfG vom 23.6.1999 â€‹ [1 BvR 984/89](#) â€‹ [NJW 1999, 3186](#); BVerfG vom 3.3.2014 â€‹ [1 BvR 1671/13](#) â€‹ [NZS 2014, 336](#)) den Ausgleich von Aufwendungen finanziell bedürftiger Rechtsschutzsuchender wegen ihrer Vertretung ohne Abschlüsse gegenüber den Aufwendungen von Bemittelten sichern, ist auch für den Kostenerstattungsanspruch aus [Â§ 63 SGB X](#) zu wärdigen (vgl. zum Gleichlauf von Rechtsschutzgleichheit und Rechtswahrnehmungsgleichheit BVerfG vom 11.5.2009 â€‹ [1 BvR 1517/08](#) â€‹ [NZS 2010, 88](#), 89).

Das Grundgesetz verbürgt sich mit dem Anspruch aus [Art 3 Abs 1](#) iVm [Art 20 Abs 1 und 3 GG](#) â€‹ für den Rechtsschutz gegen Akte der öffentlichen Gewalt iVm [Art 19 Abs 4 GG](#) â€‹ für grundsätzlich gleiche Chancen von Bemittelten und Unbemittelten bei der Durchsetzung ihrer Rechte auch im außergerichtlichen Bereich. Der Unbemittelte ist einem solchen Bemittelten gleichzustellen, der bei seiner Entscheidung für die Inanspruchnahme von Rechtsrat auch die hierdurch entstehenden Kosten berücksichtigt und vernünftig abwägt (BVerfG vom 14.10.2008 â€‹ [1 BvR 2310/06](#) â€‹ [BVerfGE 122, 39](#), 49; BVerfG vom 11.5.2009 â€‹ [1 BvR 1517/08](#) â€‹ [NZS 2010, 88](#), 89).

[Â§ 63 SGB X](#) setzt durch die Verbindung der Kostenerstattung mit dem Erfolg des Widerspruchs den Anspruch auf Rechtswahrnehmungsgleichheit um. Mit der uneingeschränkten Anknüpfung an den Erfolg des Widerspruchs tritt [Â§ 63 SGB X](#) jedem Versuch entgegen, die Erstattung an individuelle Eigenschaften von Widerspruchsführern zu knüpfen. Solche Eigenschaften sind, sofern es um Aufwendungen durch die Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe geht, erst bei der Gebührenbemessung zu berücksichtigen. Hier werden die grundsätzlich beim Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II vorliegenden unterdurchschnittlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den allermeisten Fällen durch den Bemessungsgesichtspunkt der Bedeutung der Angelegenheit ausgeglichen (vgl BSG vom 1.7.2009 – [B 4 AS 21/09 R](#) – [BSGE 104, 30](#) = [SozR 4-1935 Â§ 14 Nr 2](#), RdNr 38).

32

Die gebotene Gleichstellung Bemittelter und Unbemittelter bezieht sich auch auf die Unterstützung bei der Rechtswahrnehmung durch Bevollmächtigte, wenn deren Hinzuziehung notwendig ist. Rechtsanwältinnen und andere entgeltlich tätige Bevollmächtigte sind auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Auftraggeber angewiesen. Müssen sie befürchten, ihre Vergütung nicht über den Ausgleich nach [Â§ 63 SGB X](#) zu erhalten, werden sie die Übernahme der Vertretung ablehnen. Je gezielter Jobcenter zur Aufrechnung von Erstattungsforderungen angewiesen werden, desto weniger wird es Leistungsberechtigten gelingen, anwaltliche Beratung und Vertretung zu erlangen (vgl auch Schweigler, SGB 2017, 314, 316 zum "Praxishandbuch für das Verfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz" der Bundesagentur für Arbeit).

33

Bei Widersprüchen im Bereich der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II sind Widerspruchsführer oftmals auf rechtskundige Vertretung angewiesen. Denn aufgrund der Abhängigkeit dieser Leistungen von sich ändernden Bedarfen und zu berücksichtigendem Einkommen und Vermögen sind Erstattungsforderungen der Jobcenter gegen Leistungsbezieher nicht ungewöhnliches (vgl zur Gebührenordnung nur [BT-Drucks 19/12241](#) vom 9.8.2019 S 2: 2 883 472 Erstattungsbescheide im Jahr 2018). Das gilt erst recht im Zusammenhang mit der vorläufigen Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II ([Â§ 41a SGB II](#); vgl zur Leistungserbringung im Voraus [Â§ 42 Abs 1 SGB II](#); zur Untauglichkeit des Erlasses von endgültigen Verwaltungsakten in Fällen, in denen der Sachverhalt nicht endgültig aufgeklärt ist BSG vom 29.11.2012 – [B 14 AS 6/12 R](#) – [BSGE 112, 221](#) = [SozR 4-1300 Â§ 45 Nr 12](#), RdNr 17 f), bei deren endgültiger Festsetzung sonst zu wärdigende Vertrauensschutzgesichtspunkte (vgl [Â§ 45 Abs 2 SGB X](#)) nicht zu prägen sind. Daher geht es häufig um konkrete Einzelheiten der Anspruchsberechnung, die von Rechtsunkundigen regelmäßig nicht als mangelhaft erkannt werden können.

34

Der Zugriff der Jobcenter wegen solcher Erstattungsforderungen auf von ihnen an Leistungsberechtigte nach dem SGB II zu erbringende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ist durch [Â§ 43 SGB II](#) beschränkt. Dieser aus verfassungsrechtlichen Gründen beschränkte Zugriff auf die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (vgl zuletzt BVerfG vom 5.11.2019 â€‹ [1 BvL 7/16](#) â€‹ [NZS 2020, 13](#), 16) kann nicht auf Kosten des Anspruchs auf Rechtswahrnehmungsgleichheit umgangen werden.

35

Die zum Vorverfahren erlassenen gesetzlichen Regelungen â€‹ einschlieÃ¼lich derjenigen zur Kostenerstattung â€‹ sind schlieÃ¼lich im Lichte des [Art 19 Abs 4 GG](#) auszulegen und begrenzen den einseitigen Zugriff auf Forderungen der Widerspruchsfrhrer zusÃ¼tzlich. Das gilt auch, wenn sich einem Vorverfahren kein gerichtliches Verfahren anschlieÃ¼t. Denn aus Sicht durch einen Verwaltungsakt Belasteter ist das Vorverfahren bei den in [Â§ 78 Abs 1 Satz 1, Abs 3 SGG](#) genannten Verfahrensarten zwingend. Erst nach Abschluss des Vorverfahrens ist die fr eine anschlieÃ¼ende Klage gegen Verwaltungsakte gesetzliche Prozessvoraussetzung erfllt (vgl [Â§ 78 Abs 1, Abs 3 SGG](#); vgl nur BSG vom 18.3.1999 â€‹ [B 12 KR 8/98 R](#) â€‹ [SozR 3-1500 Â§ 78 Nr 3](#) S 5 mwN; B. Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl 2017, Â§ 78 RdNr 3). Welchen Ausgang das Vorverfahren nimmt, kÃ¼nnen Widerspruchsfrhrer bei der kostenausflsenden Inanspruchnahme rechtskundiger UnterstÃ¼tzung regelhaft nicht prognostizieren. Bei einer Aufrechnung wÃ¼rden sie trotz ihres Erfolgs im Ergebnis ihre Aufwendungen selbst zu tragen haben. Den GebÃ¼hrenforderungen ihrer BevollmÃ¼chtigten sind sie nÃ¼rnlich weiterhin ausgesetzt.

36

Da im auÃ¼rgerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren nach der AO dem Grunde nach nicht um existenzsichernde Leistungen gestritten wird und das Verfahren bis auf die Streitigkeiten Ã¼ber den Einspruch gegen die Kindergeldfestsetzung (vgl [Â§ 77 EStG](#)) ohnehin keine Erstattung der Aufwendungen der Beteiligten vorsieht (vgl dazu auch BFH vom 23.7.1996 â€‹ [VII B 42/96](#) â€‹ [BFHE 180, 529](#)), bedarf es keiner weiteren Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des BFH zur Aufrechnung mit SteueransprÃ¼chen gegen prozessuale KostenerstattungsansprÃ¼che aus der FGO (vgl dazu zuletzt BFH vom 16.3.2016 â€‹ [VII B 102/15](#)).

37

bb. Das sich aus Sinn und Zweck des [Â§ 63 SGB X](#) ergebende Aufrechnungsverbot schlieÃ¼t die einseitige Aufrechnung auch im VerhÃ¼ltnis zu BevollmÃ¼chtigten ([Â§ 13 SGB X](#)) im Vorverfahren aus, wenn der Kostenerstattungsanspruch auf sie Ã¼bergegangen ist. Die auf die Sicherung von Rechtswahrnehmungsgleichheit bemittelte und unbemittelte Widerspruchsfrhrer gerichtete Funktion des Kostenerstattungsanspruchs Ã¼ndert sich nicht, wenn Inhaber der Forderung diejenigen werden, die Widerspruchsfrhrer bei der Wahrnehmung ihrer Rechte im Vorverfahren unterstÃ¼tzt haben.

Wie ausgeführt, soll auch die Vergütungsforderung Bevollmächtigter durch das Aufrechnungsverbot gesichert werden. Ziel ist zu verhindern, dass Widerspruchsfindern bei Streitigkeiten im Bereich der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II der Zugang zu rechtskundiger Unterstützung im Vorverfahren durch in der Regel entgeltlich tätige Bevollmächtigte faktisch erschwert wird. Der Zugriff auf deren Leistungsansprüche ist nach Maßgabe des [Â§ 42 SGB II](#) beschränkt.

Aus [Â§ 126 Abs 2 Satz 1 ZPO](#) und [Â§ 43 RVG](#), die gesetzliche Aufrechnungsverbote regeln, lässt sich im Verhältnis zu Bevollmächtigten als Gläubigern des Kostenerstattungsanspruchs nach Anspruchsübergang nichts gegen ein Aufrechnungsverbot aus dem Sinn und Zweck des [Â§ 63 SGB X](#) herleiten. Ausdrückliche gesetzliche Aufrechnungsverbote stehen neben denjenigen, die sich aus dem Sinn und Zweck einer Vorschrift ergeben und lassen diesen Raum. Daraus, dass [Â§ 126 Abs 2 Satz 1 ZPO](#) das Beibringungsrecht des beigeordneten Anwalts sichert, ergeben sich keine Auswirkungen für ein Aufrechnungsverbot aus [Â§ 63 SGB X](#). Im Rahmen der Prozesskostenhilfe sind allein Regelungen für das Gerichtsverfahren getroffen. Im Übrigen beruhen beide Aufrechnungsverbote auf der Sicherung des anwaltlichen Gebührenanspruchs (vgl. Volpert in Burhoff/Volpert, RVG Straf- und Bußgeldsachen, 5. Aufl 2017, Â§ 43 RdNr 5, 8) während es bei dem aus [Â§ 63 SGB X](#) abgeleiteten Aufrechnungsverbot um den Anspruch des unbemittelten Mandanten wegen des Gebots der Rechtswahrnehmungsgleichheit geht.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 197a Abs 1 Satz 1 SGG](#) iVm [Â§ 161 Abs 1 Alt 1 VwGO](#). Gemäß [Â§ 197a Abs 1 Satz 1](#) iVm [Â§ 154 Abs 1 VwGO](#) hat der Beklagte als unterliegender Teil die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Die Festsetzung des Streitwerts für das Revisionsverfahren entspricht dem Antrag des Klägers ([Â§ 197a Abs 1 Satz 1 Halbsatz 1 SGG](#) iVm [Â§ 63 Abs 2 Satz 1](#), [Â§ 52 Abs 1](#), [Â§ 47 Abs 1 Satz 1](#), [Â§ 40 GKG](#)).

Erstellt am: 26.06.2020

Zuletzt verändert am: 21.12.2024